

Verlagsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angeschlossen

Redaktion: SW. 68, Cindenzstraße 3  
Telefon: Dönhofs 202 - 203  
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

# Morworts

## Berliner Volksblatt

Berlin und Unsrigenabteilung  
Gründerzeit 1848-1918

Verleger: Hermann-Verlag GmbH  
Berlin SW. 68, Cindenzstraße 3  
Telefon: Dönhofs 2000-2507

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

## Der Plan der Sachverständigen.

Paris, 19. Februar. (WIB.) „New York Herald“ gibt folgende Darstellung der Grundlagen, auf denen die Finanzsachverständigen ihren Bericht aufzubauen gedenken:

1. Eine neue Goldnotenbank, die als einziges derartiges Institut funktionieren, die Rentenmark und die Papiermark absorbieren und über genügende Goldreserven verfügen sowie internationaler Kontrolle unterstehen sollte. Die Bank werde die Goldreserven der Reichsbank und das in Deutschland noch aufzubehaltende Kapital übernehmen. Hinzukommen solle ausländisches Kapital. Nach Ansicht der Sachverständigen sei die Emission der künftigen Goldnotenbank eines der gewinnbringendsten Geschäfte, die je organisiert wurden. Diese Auffassung habe ihren Grund in der bestehenden Nachfrage nach neuer Währung in Deutschland.

2. Ein deutsches Budget, das auf Goldgrundlage hinsichtlich der ordentlichen Kosten absolut ausgeglichen sei, gleichzeitig aber voraussetze, daß das Ruhrgebiet wirtschaftlich wieder Deutschland einverleibt werde. Daneben soll ein dreijähriges Moratorium für Reparationszahlungen vorgeschlagen werden.

3. Eine internationale Anleihe als weiteren Stabilisierungsfaktor, zu garantieren durch die deutschen Eisenbahnen. Ein Teil der Anleihe soll für den sofortigen Bedarf der Länder Verwendung finden, die, wie Frankreich, in nächster Zeit von gewissen deutschen Zahlungen abhängig seien. Der Betrag der Anleihe soll in einem Bericht festgelegt werden, den die Eisenbahnsachverständigen des Komitees binnen kurzem erstatten würden. Der Betrag werde sich wahrscheinlich in der annähernden Höhe der von

der Presse bereits genannten 10 Milliarden Goldmark halten.

Der „New York Herald“ hält es für wenig wahrscheinlich, daß über die grundlegenden Prinzipien unter den Sachverständigen Meinungsverschiedenheiten bestehen. Nach den vorliegenden Anzeichen zu schließen, würden die Sachverständigen empfehlen, daß die wirtschaftliche Kontrolle des Ruhrgebiets an Deutschland zurückginge. Die Einzelheiten dieses Planes würden den Beweis erbringen, daß das Ergebnis einer derartigen Neuordnung für Frankreich vorteilhafter sei, als wenn es auf der gegenwärtigen Kontrolle der Ruhrindustrie bestände. Militärisch und politisch sei Frankreich vielleicht noch imstande, die Ruhrpolitik zu halten, wirtschaftlich dagegen nicht. Die innere Zollgrenze und die Abwanderung der Eisenbahnen im Ruhr- und Rheinlande von dem deutschen Hauptnetz würden nicht gebilligt werden. Frankreich würde dagegen die Zulassung regelmäßiger Reparationszahlungen erhalten, die durch die Internationale Notenbank so gut wie sichergestellt würden. Die Notenbank werde die deutsche Währung voll in der Hand haben und die Grundlage für eine Neuorientierung abgeben.

### Dr. Schachts Besprechungen.

Paris, 19. Februar. Ueber die gestrige Besprechung Dr. Schachts mit den Sachverständigen schreibt „Matin“, die Sachverständigen schienen grundsätzlich gegen den Vorschlag Dr. Schachts nichts einzuwenden zu haben unter der Bedingung, daß er eine vorläufige Claque darstelle, und daß die Kreditbank später in der Goldnotenbank aufgehe, die auf Grund ihres eigenen Planes errichtet werden sollte.

## Die Lage in Württemberg.

Aus Stuttgart wird uns geschrieben:

Die Unglückswohnen von 1920 haben auch die württembergische Politik schwer belastet. Damals erhielten die Sozialdemokraten 17, die Unabhängigen 14, die aus Bürgerpartei und Bauernbund bestehenden Deutschnationalen 28, die Demokraten 15, das Zentrum 23 und die Deutsche Volkspartei 4 Mandate. Wie im Reich, so traten auch in Württemberg die Sozialdemokraten teils scheinbarer, teils tatsächlicher Misserfolge wegen aus der Regierung aus. Wie im Reich bildete sich auch hier eine Minderheitsregierung der bürgerlichen Mittelparteien, allerdings ohne ausdrückliche Hinzuziehung der Deutschen Volkspartei. Und wie im Reich wurde auch hier das Zentrum zum ausschlaggebenden Faktor und die Sozialdemokratie zur Gefangenen der politischen Situation.

Nur daß in Württemberg das Zentrum nicht durch den Gang außenpolitischer Ereignisse an dem Wiedereintritt der Sozialdemokratie in die Regierung interessiert war. Die Minderheitsregierung, die sich auf 38 von 101 Mandaten stützte, war in allen kirchen- und schulpolitischen Fragen aus Gründen der kirchlichen Kulturpolitik stark rechtsorientiert, während sie sonst auf eine gewisse Konformität mit der Reichspolitik hielt.

Die außerhalb der Regierung stehenden Flügelparteien der Deutschnationalen und der nach der Vereinigung der beiden sozialistischen Parteien auf 27 Mandate angewachsenen Sozialdemokratie konnten zu einer stärkeren oppositionellen Stellungnahme nicht kommen, wenn sie nicht gegenseitig dem schärfsten politischen Gegner den Regierungshafen in die Parteiliche jagten wollten. So blieb die württembergische Regierung gerade als Minderheitsregierung politisch durchaus aktionsfähig und konnte dabei eine den besonderen Wünschen der beiden Regierungsparteien entsprechende Politik durch rücksichtsloses Ausspielen der einen Flügelpartei gegen die andere in fast allen Fällen ziemlich mühelos durchsetzen. Besonders das Zentrum war sich der Vorteile einer solchen Stellung durchaus bewußt. In der Demokratischen Partei empfand man wohl manchmal den leisen Wunsch, enger mit der Sozialdemokratie zusammenzuarbeiten, besonders wenn das Zentrum, das in der Lage war, eine Regierung zusammen mit Deutschnationalen und Deutscher Volkspartei ohne die Demokraten zu bilden, seine Nachstellung im politischen, kulturellen und vor allem in Personalfragen gar zu rücksichtslos ausnützte. Doch sind andere Erwägungen, vor allem personalpolitische, fast immer stärker gewesen. So kam es auch, daß sich die Sozialdemokraten in der Zeit des Londoner Ultimatus und des Wiedereintritts der Sozialdemokratie in die Reichsregierung durchaus ablehnend verhielten.

Die absolute Herrlichkeit der Minderheitsregierung erfuhr nur einmal eine recht äußerliche Unterbrechung. Im Herbst 1921 führten wesentliche parlamentarische und administrative Aufgaben, die Vollzeiterstaatsführung, die Durchführung der Trennung von Staat und Kirche und die Lösung finanzieller Fragen zum Wiedereintritt der Sozialdemokratie in die württembergische Regierung. Da man ihr aber nur das politisch völlig wertlose, sachlich eingetragene und äußerst unpopuläre Arbeits- und Ernährungsministerium zugeteilt, gelangte die Sozialdemokratische Partei nicht zu dem ihr gebührenden Einfluß. Ihr Anspruch auf das Innenministerium konnte in Rücksicht auf die Person des „starken“ Innenministers Graf nicht durchdringen. Als Graf dann nach jahrelanger schwerer Krankheit im Frühjahr 1923 verstarb, erneuerte die inzwischen zur stärksten Regierungspartei gewordene Vereinigte Sozialdemokratie ihre Forderung. Jetzt ergab sich zwischen Demokratie und Zentrum ein unappetitliches Hindernis- und Herübergeben der Verantwortung für einen Regierungsaustritt der Sozialdemokratie. Nach längeren vergeblichen, politisch und menschlich gleich kleintlichen Verhandlungen kam es im Mai 1923 zum zweitenmal zum Austritt der Sozialdemokratie aus der Regierung. Innenminister wurde der bisherige Justizminister und Zentrumsabgeordnete Holz, während zum Justizminister der Parteivorstand des württembergischen Zentrums, Oberregierungsrat Beyerle, aufrückte.

Diese personellen Veränderungen bedeuteten die Verschärfung des Rechtskurles in Württemberg, da Herr Holz den Ruhm des „starken Mannes“, den sein Amtsvorgänger Graf durch Kommunistenverfolgungen und die brutalen Methoden der Niederwerfung des Steuerstreiks im Jahre 1920 errungen hatte, noch zu überstrahlen versuchte. Der neue Justizminister Beyerle war als rechtsstehend und Gegner Erzbergers bekannt. Im württembergischen Zentrum vollzog sich überhaupt eine starke Rechtsentwicklung und der in den letzten Jahren nie sehr starke „linke“ Flügel beugte sich der politischen Leitung der höheren Beamten und Richter, hinter denen der Hochadel des staatskirchlichen Oberlandes steht. Die Angst der Zentrumsmitglieder um ihre bäuerlichen Wähler, unter denen die Agitation des rechtsstehenden Bauernbundes dauernd an Boden gewann, tat ein übriges. Der Kampf des Zentrums richtet sich heute ganz überwiegend gegen die Sozialdemokratie und gegen den „gottlosen Marxismus“. Zentrumsabgeordnete sprechen in bäuerlichen Versammlungen gegen von ihrer Partei getroffene Steuerreformen, schimpfen auf den „gallischen Juden Hilferding“ und die offizielle Presse deckt dieses Vorgehen. Verwaltung, Polizei und Justiz sind ganz einseitig gegen links eingestellt und keine

## Poincaré's schwindende Mehrheit.

Die Nachsitzung der französischen Kammer.

Paris, 19. Februar. (WIB.) Die Kammer hat in ihrer Nachsitzung, die um 5 Uhr morgens noch andauerte, den Artikel 3 des Finanzgesetzes, der die Erhöhung sämtlicher Steuern um 20 Prozent vorsieht, nach Stellung der Vertrauensfrage durch die Regierung mit 315 gegen 254 Stimmen angenommen.

Paris, 19. Februar. (WIB.) Im Verlaufe der Nachsitzung wurde von verchiedenen Abgeordneten der Kammer eine Reihe von Amendements eingebracht. Der Abgeordnete Fougère beantragte, daß Artikel 3, betreffend die 20prozentige Steuererhöhung, erst nach Neuüberlegung der Kriegserlöse in Kraft trete. Der Antrag gibt zu einer lebhaften Debatte über diese Erhöhungen Anlaß. Der Abgeordnete Daubert rief aus: „Die Kriegsgewinner sind durch die Zurückhaltung, die die Regierung in dieser Frage gezeigt hat, geschädigt.“ (Lebhafter Beifall auf der Rechten.) Poincaré erwiderte: „Ihre Behauptung ist grundfalsch. Ich habe zweimal im Senat das Wort ergriffen, um die Zustimmung über das von der Kammer angenommene Projekt zu bewerkstelligen.“ Daubert: „Baumann und Berthelot haben gestohlen. Man hat ihnen aber ihre Millionen gelassen.“ (Bewegung.) Poincaré antwortet in gereizter Tone. Der Abgeordnete Fougère erinnert daran, daß Barthou seinezeit im Februar 1922 in seiner Eigenschaft als Justizminister die in die Tagesordnung des Senats eingeschriebene Frage der Kriegserlöse aus unbekanntem Gründen zurückzog. (Bewegung.) Fougère fährt fort: „Man hat nicht das Recht, von der Kammer neue Steuern in Höhe von 7 bis 8 Milliarden zu verordnen, bevor die Kriegsgewinner nicht gezwungen werden, die erschwerten Beträge wieder herauszugeben.“

Ein besonders heftiger Angriff auf die Finanzpolitik der Regierung wird im weiteren Verlauf der Sitzung durch den Abgeordneten Dutreil unternommen. Er sagt: „Glauben Sie denn wirklich, daß, sobald das doppelte Zehntel zur Annahme gelangt, das englische Pfund seine Weltmarktbeherrschung unterbricht? Das glauben Sie doch ebensowenig wie ich! (Lebhafter Beifall.) Was mich anbelangt, so bin ich bisher der Regierung blindlings gefolgt. Ich bitte Sie bringen, das Amendement Fougère anzunehmen.“ (Neuer Beifall.) Poincaré erwidert: „Die Regierung weiß den Vorschlag des Herrn Dutreil zurück, weil er zu neuen Verzögerungen Anlaß geben würde.“ Fougère: „Wir bitten Sie nur, dieselbe Haltung einzunehmen wie anlässlich der Umsatzsteuer.“ Poincaré: „Diese beiden Fragen sind voneinander vollständig verschieden. Ich bin durchaus bereit, was die Kriegserlöse anlangt, eine entsprechende Revision und Strafmaßnahmen zu beschließen. Finanzliche Hilfsquellen, die im vorliegenden Regierungsprojekt eingeschrieben sind, tun uns aber dringend not, und ich muß die Annahme des dreifachen Zehntels daher verweigern.“

Poincaré stellt die Vertrauensfrage. Das Amendement des Abgeordneten Fougère wurde mit 300 gegen 225 Stimmen abgelehnt. Die Mehrheit Poincarés ist also auf 77 gefallen. Das ist die schwächste Ziffer, die er je zu verzeichnen hatte.

Im weiteren Verlauf der Sitzung beantragt der Abgeordnete Esmein eine Neuverteilung der Einkommensteuer. Sein Amendement wurde verworfen. Ein anderes, von dem Kommunisten Lebon eingebrachtes Amendement wird mit 380 gegen 180 Stimmen abgelehnt. Schließlich entwirft Lardieu einen Antrag, wonach die Hälfte der rückständigen Steuern vor Auslegung des doppelten Zehntels erheben werden soll. Die Regierung stellt die Vertrauensfrage. Der Antrag Lardieu wird dann schließlich mit 325 gegen 248 Stimmen verworfen. Das doppelte Zehntel wird nach Abstimmung über die einzelnen Teile mit 315 gegen 254 Stimmen angenommen.

### Schließung der Pariser Börse.

Paris, 19. Februar. (WIB.) Der Bolscheprefekt von Paris hat die Pariser Warenbörse bis auf weiteres geschlossen. Der Grund der Maßnahme liegt in dem gestrigen erneuten Frankensurz. Nach dem „Matin“ schloß das Pfund an der Abendbörse mit 102,50 Frank, der Dollar mit 23,90.

## Macdonald und der Völkerbund.

London, 19. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Der Ministerpräsident Macdonald empfing gestern in Gegenwart des „Völkerbundministers“ Lord Parmoor eine Abordnung der englischen Vereinigung für den Völkerbund, und es fand dabei eine allgemeine Diskussion über die mit dem Völkerbund zusammenhängenden Fragen statt. Lord Cecil regte an, daß es wünschenswert wäre, wenn man dem diplomatischen Vertreter Großbritanniens allgemeine Weisungen zugehen lassen würde bezüglich der Haltung der Regierung gegenüber dem Völkerbund. Er empfiehlt nachdrücklich, daß die diplomatischen Vertreter Großbritanniens stets in Übereinstimmung mit der Völkerbundspolitik der Regierung handeln sollten. Macdonald antwortete: „Ich glaube, Ihnen die Versicherung geben zu können, daß diejenigen Anregungen Lord Ceils, die bisher noch nicht erfüllt wurden, innerhalb der nächsten Tage befolgt werden. Was die Regierung tun kann, um aus dem Völkerbund eine reale Macht zu machen, wird von ihr getan werden. Ich stimme dem zu, daß es im höchsten Maße wichtig wäre, daß die Außenpolitik der Regierung der Politik entsprechen würde, die Lord Parmoor als britischer Vertreter im Völkerbund befolgen wird.“

Parmoor sprach sodann seine Anerkennung über die Pionierarbeit aus, die die Vereinigung für den Völkerbund auf dem Gebiete der Erziehung des Volkes zu dieser Idee geleistet hätte. Der Völkerbund habe die Macht, beständig an die Moral der zivilisierten Welt zu appellieren. Freilich könnten sie nicht erwarten, sofort alle ihre Ziele zu verwirklichen, aber sie können die Gewißheit haben, daß jeder von ihr unternommene Schritt ein Schritt auf dem richtigen Wege sei. Niemand wünsche den Erfolg des Völkerbundes inniger als der Ministerpräsident. Schließlich erklärte Parmoor, daß die Regierung wünsche, durch die Vermittlung des Völkerbundes, eine Ordnung der Dinge zu schaffen, die ein Ende der Anarchie in den internationalen Beziehungen machen würde. Natürlich sei die Regierung verpflichtet, ihre nationalen Forderungen mit ihren internationalen Anschauungen in Einklang zu bringen, aber es wäre ein Irrtum, zu meinen, daß es irgendeinen Gegensatz zwischen den nationalen und den internationalen Zielen Großbritanniens gebe. Er sei der Ansicht, daß die Außenpolitik der Regierung identisch sein müsse mit der Politik des Völkerbundes und erklärte, daß der Ministerpräsident den Wunsch habe, daß in allen Fragen der Vertreter der Regierung im Völkerbund in Fühlung mit dem auswärtigen Amt stehe. Er sehe nicht, inwiefern diese Dinge weiter gefördert werden könnten, als es die Regierung bisher getan habe, indem sie ihn, Parmoor, als Völkerbundminister ins auswärtige Amt selbst berufen habe, so daß er alle Dokumente zur Kenntnis bekomme, die direkt oder indirekt den Völkerbund betreffen. Er, als britischer Vertreter im Völkerbund, sei ebenfalls in Fühlung mit allen anderen Ministerien, deren Wirkungsbereich in irgendeinem Zusammenhang mit dem feindlichen stünde. Auf eine von der Delegation aufgeworfene Frage antwortete Parmoor, er glaube, daß die Regierung das Achtundtagabkommen ratifizieren würde. Er wolle sich einer Meinungsäußerung über die Reparationsfrage enthalten, weil dies verfrüht wäre, solange der Bericht der Sachverständigen noch nicht vorliegen würde. Auch sei der Vortrag auf gegenseitige Unterstützung von der Abordnung berührt worden, und er hoffe, daß ein größerer Ausschuss der Regierung eingesetzt werden würde, um diese Frage gründlich zu untersuchen.

Der Monksbund hat an die Regierungen des Reiches und der Länder eine Eingabe gerichtet, in der er im Zusammenhange mit dem Beamtenabbau die Trennung von Kirche und Staat und Kirche und Schule, Sicherstellung der neuangeordneten weltlichen Schule, Abbau der konfessionellen oder weltanschaulichen Sonderrechte sowie Einschränkung der bekennnisfreien weltlichen Schule in die höhere Schranke fordert.

Woche vergeht ohne die schwersten Standale auf diesen Gebieten. Es wäre falsch, Württemberg schlangweg mit Bayern auf eine Stufe zu stellen, doch hat es sich in seinen Methoden bedenklich der „Ordnungszelle Bayern“ angenähert.

Am deutlichsten kam dies zum Ausdruck in der nachsichtigen Behandlung der Nationalsozialisten, die sich der öffentlichen Meinung des Schwabenlandes mit allen Mitteln zu bemächtigen versuchten, um aus ihrer bayerischen Isolierung herauszukommen. Unterstützt wurden sie dabei mit allen Mitteln von den Deutschnationalen, die in Württemberg als Bürgerpartei firmieren, vom Bauernbund und industriellen und landwirtschaftlichen Kreisen. Bürgerparteiliche Abgeordnete spielen eine führende Rolle in der nationalsozialistischen Bewegung. Die schwersten Eggeisse nationalsozialistischer Rowdies gingen entweder völlig strafflos aus, oder fanden nur eine sehr geringe Ahndung. Dafür wurden die durchaus legalen Abwehrmaßnahmen der Sozialdemokraten und sonstiger Republikaner um so härter verfolgt. Hausdurchsuchungen bei sozialdemokratischen Abgeordneten und in Parteizeitungen waren zeitweise an der Tagesordnung. Die vor Selbstgerechtigkeit und Größenwahn sich förmlich überlegende Zentrumspreste tobte, schimpfte, schulmeisterte und denunzierte sogar Reichsbeamte, die sich in republikanischem Sinn betätigten, bei ihren vorgelegten Behörden.

Auch heute noch bestehen die nationalsozialistischen und sonstigen auf Grund des Belagerungszustandes verbotenen völkischen Kampferbände unter geringen Firmenänderungen fort. Auch heute noch treten sie bei besonderen Gelegenheiten in voller Uniform provozierend an die Öffentlichkeit. Und auch heute noch sind die Umstürzler von rechts — Mitglieder der „Hilfsspolizei“! Die ganze Politik in Württemberg wird mit dem Kommunismus schreck gemacht, wobei allerdings nicht außer Acht zu lassen ist, daß die KPD. auch in Württemberg das erforderliche Material für ihre Gegner liefert. Republikaner aber sind in Württemberg zum Schutze der Republik nicht erwünscht.

Trotzdem hat die württembergische Sozialdemokratie der Regierung ein sehr weitgehendes Ermächtigungsgesetz bewilligt, dem Kirchengesetz zugestimmt und anderes mehr getan. So scharf die sozialdemokratische Kritik an den Maßnahmen der jetzigen Regierung gewesen ist, zu einem Sturz konnte sich unsere Partei nicht verstehen. Denn die Deutschnationalen standen vor den Türen der Regierung und heischten Einlaß. Bis jetzt haben sie sechsmal versucht, sich den Eintritt in die Regierung zu erzwingen. Der aber würde die Herrschaft der schärferen Reaktion in Württemberg bedeuten. Siehen doch die schwäbischen Bürgerparteiliche und Bauernbündler auf dem äußersten rechten Flügel der Deutschnationalen Volkspartei.

Dieses Unheil zu verhindern, war das Ziel der sozialdemokratischen Politik. Vielleicht hätte die Sozialdemokratie bei Beschränkung ihrer Politik auf rein württembergische Verhältnisse den Mißgriffen der Regierung mit anderen Kampfmitteln geantwortet. Die Rücklicht auf das Schicksal Gesamtdeutschlands hat dies nicht zugelassen. Bürgerpartei und Bauernbund haben versucht, in Württemberg eine Rechtsregierung zu errichten, um eine Allianz mit Bayern herzustellen. Dann hätte die Reaktion in Deutschland kurz über lang eine politische Mainlinie ziehen können. Dafür ist aber selbst die Regierung Volk-Bezerler nicht zu haben. Ihre allerdings lahmten Vermittlungsversuche sind doch von dem Wunsch diktiert, dem Reich zu nützen, und darum für die Deutsche Republik zuträglicher als die von den Deutschnationalen gewünschte Parteinahme für Bayern.

**Politische Gärung in Japan.** Mehr als 10 000 Demonstranten protestierten in Tokio gegen die gegenwärtige Regierung und verlangten in einer Entschliessung ihre Abdankung. Zwischenfälle haben sich nicht ereignet.

**Das Griechenvolk wird abstimmen.** Die Regierung schlägt dem Parlament vor, daß eine Volksabstimmung am 6. April über Monarchie oder Republik entscheiden soll.

## Im Tunnel.

Von Gerhard Thimm.

Wiegend in Stahlgelenken lief der elektrische Zug himmelhoch über dröhnende Brückenbogen. Straßen überfliegend, Häuser zerschneidend, blitzschnell, gleichmäßig furend und mit fast toller Reizung die Kurven runden. Die Menschen in den hellen Bogen saßen, standen, rauchten, lasen, sprachen. Sprachen und lasen alltägliche Dinge, ewiges Einerlei ihrer täglichen Sorgen, Nöte, Freuden, Hoffnungen. Auf den Bahnhöfen quollen sie herein, strömten heraus, hoffig und schweigend; laufend Leiber und nur ein Gesicht: Sie, denen das Leben kein Problem war. Die niemals fragten nach seinem Wert und seiner Notwendigkeit — gleichgültig, feige oder auch schwach. Lebten sie alle in Klang und Braut, in sonniger Südelandhaft, frei wie der Fisch im Wasser: zweifellos wären sie glücklich, das Leben schlürfend wie einen Krug duftenden Südwines, unbefragt um Zweck und Dauer. So aber brüht der harte Zwang des Tages, ohne Verhältnis zum erzielten Erfolge, der nichts bietet als Kräfteerneuerung zu neuem Verbrauch. Denn Arbeit als Mittel zum Zweck ist Glück des Menschen, oder Arbeit als Selbstzweck ist harte Fron.

Brausend, jäh aufglänzend, laucht die geschmeidige Schlange der Wagen in den schwarzen Schlund des Tunnels. Lichter: grüne, rote, blaue, huschen um die Fenster. Lärm des geprehten Schalles füllt das Gewölbe. Und plötzlich ein Ruck: Kreischen der Bremsen und dann Finsternis und angstvolle Stille. Minuten vergehen. Die leuchtenden Pünktchen der Zigaretten hüpfen unruhig. Zeitungen rascheln, Stimmen werden laut. Irgendwer hustet aufgeregt, nur um die gräßliche Stille zu bannen. Und solchermaßen herausgeschleudert aus gewohntem Tempo, das den Tag erfüllt und nur Zeit läßt zur Spekulation auf den nächsten Tag, fangen all die Menschen heberhaft an, Gedanken zu denken, die sonst nie den Weg fanden in ihre Stirn. Wenn — so stieg graufame Frage aus Dunkelheit und Schweigen — wenn es nun jetzt auf einmal zu Ende ist? Was dann? Was wird dann sein? Und was war dann gewesen? Und was eigentlich dies alles — das Tempo und überhaupt: das Leben? Und verzweifelter Wunsch rotiert rasend in allen Hirnen: Nur nicht! Nur nicht! — nur leben, leben! Wie — ist gleichgültig, ganz gleichgültig, wirklich vollkommen gleichgültig! Nur leben, leben, leben!

Die Lampen strahlen auf. Der Motor surrt wieder sein einseitiges Lied. Der Zug fährt. Und der Antwort auf jene Fragen aus der Dunkelheit entthoben, spricht plötzlich alles: laut, überlaut, Nachbar zu Nachbar. Neue Zigaretten flammen auf. Wieder rascheln die Zeitungen, huschen die Tunnellichter, braust das Gewölbe. Und dann fährt der Zug in den Bahnhof.

## Ein unmögliches Verbot.

Der Wehrkreiscommandeur von Stettin hat das sozialdemokratische Parteiorgan in Rostock, die „Mecklenburgische Volkszeitung“, auf drei Tage verboten, weil es am 13. Februar eine Notiz aus dem Sozialdemokratischen Parlamentsdienst übernommen hatte, die von der gesamten Parteipresse Deutschlands ohne Folgen abgedruckt worden ist. Es handelt sich um die Waffensunde bei der Organisation „Stahlhelm“ in Halle.

Um das Widersinnige dieses Verbots zu verstehen, ist es nötig, einen Rückblick auf die Geschichte des Waffensundes zu werfen. Schon seit längerer Zeit fielen die Rüstungen des „Stahlhelm“ und „Jungo“ an der thüringisch-sächsischen Grenze auf. Am 2. Februar machte der „Vorwärts“ zum erstenmal auf dieses auffällige Treiben in Sangerhausen aufmerksam. Am 12. Februar wurden Waffensunde beim „Stahlhelm“ in Halle gemeldet. Am 15. Februar berichtete der „Braunschweigische Allgemeine Anzeiger“ über Waffensunde beim Stahlhelm in Blankenburg a. H. Am 16. Februar stellte sich heraus, daß auch beim Stahlhelm in Eilenburg Waffensunde lagern. Am 17. Februar erfuhr die Öffentlichkeit, daß die Spuren bis nach Hamm in Westfalen und nach Mecklenburg führen. Es handelt sich also offensichtlich wieder einmal um eine jener Affären, die das öffentliche Leben schon seit Jahren beunruhigen und die in den verschiedenen Putsch in ihre Explosion nach außen hin fanden.

Im Interesse des Staates liegt es, derartige militärische Geheimorganisationen, deren Zweck nur die Vorbereitung des Bürgerkrieges sein kann, in ihrem Entstehen unerschädlich zu machen. Man hätte also erwarten dürfen, daß die Stahlhelm-Organisation überall da, wo ihr versteckter Waffenbesitz nachgewiesen wird, von den Wehrkreiscommandeuren verboten wird. Statt dessen erfährt man jetzt, daß der für Mecklenburg verantwortliche Wehrkreiscommandeur nicht nur nichts in der Stahlhelm-Angelegenheit unternimmt, sondern auch ein Blatt, das pflichtgemäß auf das staatsgefährliche Treiben dieser Leute hinweist, verbietet, nachdem sich die Angelegenheit bereits in ganz Deutschland herumgesprochen hat. Wie sich diese Haltung mit den Ausgaben eines Mannes verträgt, der für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Sicherheit verantwortlich ist, das mögen die Götter wissen.

## Sie werden wieder völkisch.

Deutschnationale Leitfäden für die Wahlen.

Der völkische Reichsausschuß der Deutschnationalen hat für die Reichstagswahlen programmatische Leitfäden aufgestellt, die in den nächsten Tagen den Landesverbänden zugehen sollen. Wie diese Sätze aussehen werden, zeigt eine Entschliessung, die der Ausschuss bereits heute veröffentlicht. Sie hat folgenden Wortlaut:

„Die völkische Weltanschauung ist für die Politik der Deutschnationalen Volkspartei richtunggebend. Sie ist in unserer Geschichte und in der norddeutschen, uns von unsern germanischen Vorfahren überkommenen Eigenart unseres Volkes begründet. Der völkische Staat entwickelt sich aus dem Zusammenwirken aller gesunden, arbeitsfähigen Kräfte unseres Volkes und auf der bewußten Ablehnung alles Fremdbürtigen, Jüdischen und Fremdartigen in Politik, Kultur und Wirtschaft. Ausschloßenes Führertum mit persönlicher Verantwortung steht dem Massen- und Gleichheitsprinzip der westlichen Demokratien gegenüber.“

Deshalb fordern wir:

1. Deutschland ist von Deutschbürtigen zu regieren! Die öffentliche Verwaltung in Reich, Ländern und Gemeinden ist deutsch zu gestalten. Nur Deutschbürtige dürfen zur Wahl in eine Volksvertretung aufgestellt werden. Heerwesen, Rechtsprechung und Jugendberziehung müssen in die Hände von Deutschbürtigen gelegt werden.

## Neue Tänze!

Es ist gut, wenn auch der Musiker sich einmal in den Tanzsaal verirrt. Bewegung, Rhythmus, Klang und musikalische Erfindung müssen ja in beiden Disziplinen walten. Und in der Musik jeder Zeit wird das tänzerische Genie für seine eigene Ausdrucksgarbe ebenso einflussreich Neues einbringen können, wie vom Tanz her die Komposition bereichert erfährt. Ohne das russische Ballett wäre Strawinski vielleicht ein Schemen geblieben, und ohne Johann Strauß wüßte man nicht, daß der Wasser eine Seele hat, die den Körper des Begabten lodern, freimachen kann. Was dieses gegenseitige Befruchten von Leib und Klang, Körper und musikalischer Rhythmus bedeutet, zeigt ein moderner Tanz von Henri, dessen Blättertechnik auf die feinsten Nuancierungen junger Musik (Lauric, Roussorgis, Berners, Schön) auch mit den subtilsten Bewegungen reagiert. Er ist ganz leitende Innenbewegung, er ist eigentlich einer der Wenigen, die große Tänzer geworden wären, auch wenn ihre Mutter sie ohne Beine zur Welt gebracht hätte, auch wenn ihre Mutter sie ohne Beine zur Welt gebracht hätte. Max Terpis, der choreographische Meister bei Roll ist zwar nicht Henri, aber auch keine Art ist nicht erdgebunden. Das Geschmeidige, Weiche scheint ihm nicht fremd, er schwingt froh durch die Luft, seinen schlanken, elastischen Körper treibt ein elementares Erfühlen der Musik, er beweist im chromatischen Tanz von Licht mehr Farbe, mehr Bewegung, Initiative als der schlapp dirigierende Weismann. Sein Tempo ist hurtiger, heiser, seine Vitalität deherzter, als die Schwerfälligkeit des Orchesterers an diesem Abend ahnen läßt. Ein Mittelmann zwischen einst und jetzt, jung und blond und ebenmäßig, der den ganzen Menschen für keine Kunst einseht. In der Tanzantastie „Die rote Blume“ von Walter Römme gelangt es ihm allerdings nicht, Fantasie da zu schaffen, wo sie in der Musik fehlt. Diese etwas eintönige und einfarbige Melodie ist eine Art Klischee, gangbarer und erprobter moderner Wendungen mit Harse und Celesta, Gong- und Geigenjola. Zu einer persönlichen Ausbeutung des sehr harmlosen Traumesorganges, läßt sie wenig Spielraum. Trotzdem hat man Gelegenheit und Freude, ein erhebendes Schreiben und demütiges Berühren des Körpers zu bewundern. Das gefällt um so mehr, als die weibliche Umgebung von einer Sachlichkeit der Bewegung, von einer anergogenen Starrheit ist, die auch ein schönes Mädchen zum schlechtführenden Beulseten degradiert. Erneuerung tut not auf der ganzen Linie. Elisabeth Kluge und Erna Sadow allein ragen aus den Solisten als entwicklungsfähige Talente hervor. Die „Schöne blaue Donau“ braucht man kaum von der Wiebenthal, den indischen Tanz von der St. Mahesa, das Razarische Menuett von der Karawina gesehen zu haben, um zu wissen: diese Opernhaussofisten haben vom Geist dieser wie alter Zeit nichts aufgenommen. Sie bewegen Arme und Kumpf nach üblicher Hofmanier, fast sogar gegen den Sinn der Musik. Bezirkt, wohlbedacht, so sehr ohne inneren Schwung, daß auch die schönste Melodie erlebnisarm verkauft. Der Tanz ist selblos geworden. Wenn es dem Tanzmeister Terpis gelingt, hier Wandel zu schaffen, Feuer aus Stein zu schlagen, dann wird er das Ballett der Oper zu einem Kunstfaktor erheben können.

Rudi Singer.

2. Die deutsche Familie ist von fremdbräutigen Eindringlingen freizuhalten.

3. Die deutsche Kultur ist von fremdbräutiger Gedankenwelt zu säubern und rückwärtslos zu reinigen.

4. Die deutsche Wirtschaft ist auf dem Grundsatz der freien Entfaltung der Persönlichkeit aufzubauen. Die Herrschaft des jüdischen Weltkapitals und die Resse der marxistischen Wirtschaft sind zu beseitigen und durch eine dem deutschen Volkscharakter entsprechende völkisch-soziale Wirtschaftsreform mit Beteiligung des deutschen Arbeiters am Wert seines Fleisches zu ersetzen.“

Es ist wohl kein Zufall, daß die Deutschnationalen am Tage nach den mecklenburgischen Wahlen mit diesem Manifest an die Öffentlichkeit treten. Als geschäftstüchtige Parteipolitiker sehen sie ein, daß völkischer Antisemitismus und völkische „Wirtschaftsreform“ augenblicklich die große Mode sind und beteiligen sich an dem Geschäft. Daß sie auch anders können, haben die Westarp und Bäcker in ihren Neujahrsephiteln bewiesen, in denen sie sich bereit erklärten, westliche Demokratie, Republik und jüdischen Kapitalismus zu schlucken. Die Hauptsache bleibt ihnen, daß ihre Sehnsucht nach der Futterkrippe gestillt wird.

## Kahr geht — das Unrecht bleibt.

München, 19. Februar. (WZ.) Der bayerische Ausnahmezustand bleibt den Wählern zufolge bestehen. Die vollziehende Gewalt, die der Generallandskommissar innehatte, geht an die Regierung zurück. Ihre Funktionen werden wieder durch das Gesamtministerium ausgeübt, dem der bisherige Beirat des Generallandskommissariats zur Verfügung stehen wird.

## Kahrs Rücktrittschreiben.

München, 19. Februar. (WZ.) Heute wird der Wortlaut des Rücktrittschreibens des Generallandskommissars Dr. von Kahr veröffentlicht. Darin sagt v. Kahr, er sei sich vollkommen darüber im klaren gewesen, daß er durch seine Tätigkeit als Generallandskommissar die Popularität einbüßen werde, die er weithin im Lande besitze, und daß er nun nach dem Hofmann das Kreuzige erfahren würde. Wie er vorausgesetzt habe, so sei es auch gekommen. Da, er habe dem Staat, um ihn zu retten, noch weit mehr opfern müssen, als er damals angenommen habe, und werde nun deswegen erst recht geschmäht.

Daß dieser Einlaß seiner ganzen Persönlichkeit für den Staat und damit auch für das Reich in weiten Kreisen heute noch nicht verstanden werde, wundere ihn bei dem seelischen Zustand unseres Volkes nicht. Auch daß im Landtag wenig Verständnis dafür vorhanden sei, berühre ihn nicht und könnte ihn auch nicht hindern, noch weiterhin die harte Pflicht dieses Amtes zu erfüllen.

Dann führt Dr. v. Kahr aus, daß er mit der Teilung der vollziehenden Gewalt nicht einverstanden sei und unter diesen Umständen die Verantwortung für die Ausführung des Amtes nicht mehr tragen könne.

Kahr hat sich bereits gestern von seinen Mitarbeitern im Generallandskommissariat verabschiedet und ihnen für ihre Zusammenarbeit im Staatsinteresse gedankt.

## Das größere Vaterland.

Oesterreicher in Deutschland.

Folgende Geschichten zum Schönen erzählt die Zeitschrift „Oesterreich-Deutschland“:

Zwei Oesterreicher suchen beim Postamt Charlottenburg um die Genehmigung zur Aufstellung eines Rundfunkempfängers an. Das Ansuchen wird abgelehnt, weil nicht bekannt ist, ob Oesterreich in diesem Falle Sogenenzeitung hat!

Ein Ingenieur hat seine Stellung in Berlin verloren, hungert, und mit ihm Frau und Kinder. Er entschließt sich, in die österreichische Heimat auszuwandern, da ihm drüben eine Stellung winkt, und verkauft seine letzte Habe, um Pash und Fahrkarten zu bezahlen. Worauf ihm das Finanzamt das Ausreisepasstum verweigert.

„Laut sprechen! Das Publikum will was hören für sein Geld!“

Es war im ersten Jahre der Münchener Generalintendantenzeit Karl Zeiß, in der Zeit zwischen den Reueinstudierungen von „Hameles Himmelfahrt“ und „Der Widerpenitigen Zählung“, die am stärksten seinen Geist ernähren ließen, da wurde Ruederers Komödie „Die Fahnenweihe“ in den Spielplan aufgenommen. Man spielte damals täglich im weiten Haus des Prinzregenten-Theaters für die Konsumentenvereinigungen Schauspiel. Da aber im Sommer die Oper das Haus für Festspiele inne hatte, war man doch nicht zu der praktischen Lösung gekommen, die schlechte Musik durch Ueberdecken des Orchesterraums zu verbessern. Dazu kam, daß die meisten der Darsteller an die für den Ton anspruchsvollen Dimensionen des kleinen Residenz-Theaters gewöhnt waren. Da ließ Zeiß kurzerhand auf den großen Vorhang des Prinzregenten-Theaters in riesigen Lettern dem Schauspieler zugewandt aufmalen: „Laut sprechen! Das Publikum will was hören für sein Geld!“ — Wie sehr dies wirkte, zeigte sich nun bei der Fahnenweihe. Der Schauspieler Kadler hatte einen Assessor zu mimen, der ein Liebhabertheaterstück einstudiert. Um nun seine Mitspieler am Abend mit einer Improvisation nicht zu verblüffen, ließ er sich bei der Hauptprobe vernehmen: „Laut sprechen! Das Publikum will was hören für sein Geld!“ Die Kollegen lachten los. — Aber auch jemand, auf dem man bei Ruederers „Fahnenweihe“ ganz und gar nicht gerechnet hatte: Intendant Zeiß! Er machte nur zur Bedingung, daß man bei der „Fahnenweihe“ im Prinzregenten-Theater auch wirklich jedes Wort verstehen könne.

Das wiedergefundene Bild von Jaurès. Nach mühseligem Suchen ist es dem sozialistischen Mitglied der französischen Deputiertenkammer Rielt endlich gelungen, das langvermisste Bild, das der Maler Rousseau Decelle von dem den französischen Kriegshelden zum Opfer gefallenen Jean Jaurès gemalt hatte und das das Ministerium der schönen Künste der Deputiertenkammer vor zwei Jahren als Geschenk überwiefen hatte, wieder aufzufinden. Er entdeckte das Kunstwerk unter allerlei Gerümpel vergraben in dem Materialmagazin der Kammer. In den Berichten der Registratur der Deputiertenkammer ist des Eingangs des Geschenkes mit keinem Wort Erwähnung getan. Man verwies es sofort nach dem Eintreffen in die Kumpelkammer, und hier blieb es verschollen, bis jetzt der unermüdlich suchende Abgeordnete es wieder ans Tageslicht förderte. Seine Partei hat auch sofort einen Antrag eingebracht, die Quästoren aufzufordern, dem wertvollen Gemälde einen würdigen Platz anzuweisen.

Ein Cassio Landauer-Denkmal. Gönnerfreunde in München haben es übernommen, die an dem Waldriedhof befindliche Kistenurne Cassio Landauers einen Gedächtnisstein zu setzen. Dergu sind etwa 500 Mark erforderlich. Beiträge hierfür werden angenommen bei Johann Weigl, München, Wälderstraße 21.

Die Lenin-Gedächtnismärkte. Die neuesten Biele, die aus Rußland kommen, sind mit Karten versehen, die das Bildnis Lenins in Schwarz und Weiß zeigen, umgeben von einem schwarzen Rahmen mit einer äußeren Umrandung in Schwarzrot. Diese Gedächtnismärkte machen einen sehr würdigen Eindruck und sollen nur ganz kurze Zeit demontiert werden. Bei seinen Abgängen hat Lenin nie zugelassen, daß sein Kopf auf den russischen Marken erschien.

gert, da er nicht für zwei Jahre Steuern vorausbezahlen kann. . .

Die Vorkehrung, daß jeder Ausländer sich binnen 24 Stunden persönlich mit Lichtbild bei der Polizei anmelden hat, besteht immer noch. Ein österreichischer Geschäftsreisender, der eine vierwöchige Tour durch Deutschland macht, sich überall nur einen Tag aufhält und nachmittags weiterfährt, braucht daher 28 Vormittage, um sich bei den Meldeämtern anzustellen und — 56 Lichtbilder!

So werden von einem stumpfsinnigen Bürokratismus Deutsche in Deutschland behandelt!

### Der Riß im Zentrum.

Hersohn i. Westf., 19. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Der frühere Landesvorsitzende der sächsischen Zentrumspartei und ehemalige Zentrumsvizepräsident Bürgermeister Paul Heßlein in Schlegelwalde ist zur Christlich-sozialen Volksgemeinschaft übergetreten und hat die Bildung der neuen Partei in Sachsen übernommen.

In der hier stattgefundenen Besprechung der Führer der neuen Partei wurde beschlossen, Heßlein bei den kommenden Wahlen als Spitzenkandidaten auf die Reichsliste zu setzen.

In der am letzten Sonntag in Essen im Städtischen Saalbau stattgefundenen Wählerversammlung der Christlich-sozialen Volksgemeinschaft nahmen über fünftausend Personen teil. Referent war der frühere Zentrumsvizepräsident und Zentrumsparteisekretär A. Doetsch, der über das Thema sprach: „Fortschritt oder Reaktion?“

Am 1. April wird das jetzt zweimal wöchentlich erscheinende Parteiorgan „Die Volksgemeinschaft“ (Dortmund) als Tageszeitung für den ganzen Industriebezirk herausgegeben, und zwar gleichzeitig in Dortmund und Essen.

### Generalversammlung der Metallarbeiter.

Affel, 19. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Ueber den vierten Punkt der Tagesordnung: „Die Gewerkschaften und die Sozialpolitik“ referierte Brandes vom Hauptortstand. Die Not der arbeitenden Massen der Bevölkerung, das Elend der Arbeitslosigkeit usw. sind in ungeheurem Maße gestiegen. In dem dadurch bedingten Ausbau der Sozialpolitik machte sich jetzt ein Rückschritt bemerkbar, der den heftigsten Widerspruch der Arbeiterschaft hervorruft. In den Reihen der Unternehmer und darüber hinaus wünscht man einen starken Abbau der sozialen Fürsorge. Der Redner weist auf den gleichen Ansturm der Unternehmer kurz vor dem Kriege hin, der durch den Ausbruch des Krieges unterbrochen wurde. Im Laufe des Krieges seien aus militärischen Gründen mehrere soziale Verbesserungen erfüllt worden. Der Redner schilderte eingehend den Ausbau der sozialen Fürsorge und des Arbeiterschutzes in den ersten Nachkriegsjahren. Leider sei es nicht in dem gewünschten Maße gelungen, diese papiernen Bestimmungen lebendig zu machen. Die Gründe dafür, der außenpolitische Druck, die Indifferenz großer Teile der Arbeitermassen und nicht zuletzt der Bruderkampf in der Arbeiterschaft wurden vom Referenten kurz beleuchtet. Neben der Reaktion sei leider auch eine Anzahl bürgerlicher Sozialreformer gegen den Ausbau der Sozialpolitik aufgetreten. Diese Sozialreformer hätten den Unternehmern Waffen für den Kampf gegen den Achtstundentag usw. geliefert. Redner zog besonders den Professor Hertner an, der sich in dieser Beziehung besonders hervorgetan habe.

Eine reaktionäre Strömung allergrößten Maßes, die durch weite Kreise der Intellektuellen ging, und Hand in Hand mit diesen Intellektuellen die Macht der Industriellen, haben zunächst einen Stillstand in der Sozialpolitik herbeigeführt. Die Unternehmer und ihre Handlanger behaupten, daß die soziale Fürsorge eine ungeheure Belastung für die übrigen Volksteile bedeute und deshalb nicht mehr aufrecht zu erhalten sei. Redner wies diese Auffassung zurück. Die Arbeiterschaft verlange keinen Stillstand, kein Mittelstadium, sondern gleiches Recht, in der Erkenntnis, daß die menschliche Arbeitskraft die wertvollste Substanz ist und daß eine gute Sozialpolitik die Vorkbedingung sei zu einer Hebung der Produktionsleistung. Wo man auch in einer Weise die Wirtschaft ausgebaut hat, habe man auch umgekehrt mit dem Achtstundentag und den anderen sozialen Einrichtungen durchaus produktive Ergebnisse erzielt. Wo dies nicht der Fall war, liegt hier oft böser Wille der anderen Seite vor, um einen Anlaß zum Abbau der Sozialpolitik künstlich zu schaffen. Für die Steigerung der Produktion sei die Schaffung von Zuständen erforderlich, die die Arbeitsfreudigkeit wecken und die Arbeitskraft stärken. Der Abbau der Sozialpolitik werden verhängnisvoll für die deutsche Wirtschaft sein. Nicht Abbau, sondern Aufbau der Sozialpolitik müsse mit allem Nachdruck gefordert werden. Das Reichsarbeitsministerium habe sich zu einem Ministerium für die Unternehmer gewandelt. Einen großen Teil der Schuld trage die große Masse der Arbeiterschaft selbst. Bei den bevorstehenden Neuwahlen habe die Arbeiterschaft die Möglichkeit, der Reaktion eine Waffe aus der Hand zu winden. Der Redner wies hierbei auf den Erfolg der Schweizer Arbeiterschaft in bezug auf den Achtstundentag hin. Das Parlament könne allerdings nur den guten Erfolg gestatten, wenn hinter ihm eine kräftig pulsierende Bewegung stehe. Eine in sich geschlossene Kampffront der Gewerkschaften werde auch die Parlamente zwingen, ihrem Wunsch Rechnung zu tragen. In einer vom Vorstand vorgelegten Entschliessung wird der Kampf der Unternehmer gegen die Sozialpolitik gekennzeichnet und die Forderung der Arbeiterschaft präzipiert.

### Eine bürgerliche Arbeitnehmerpartei?

In Berlin wird ein Aufruf für die Gründung einer sogenannten „Deutschen Arbeitnehmerpartei“ verbreitet, der wieder einmal so recht zeigt, welche politische Unreife in weiten Angestellten- und Beamtenkreisen vorhanden ist. Für die schlechte Lage der Arbeiter, Angestellten und Beamten werden die bisherigen politischen Parteien verantwortlich gemacht, die eine „an unzählige Dogmen gefesselte Politik“ und eine Zerstückelung der Massen „nach Weltanschauungen“ getrieben hätten. Die neue Partei nimmt deshalb zur bestehenden Gesellschaftsordnung keine Stellung und sieht auch nicht auf dem Boden des Sozialismus. Sie will grundsätzlich Streitfragen wie die Vergesellschaftung der Produktion usw. nicht zur Entscheidung bringen und stellt als Ziel in sehr verschwommener Weise „die Wohlfahrt der arbeitenden Bevölkerung“ auf.

Der Aufruf ist von einigen in der Öffentlichkeit völlig unbekanntem Angestellten und Beamten unterzeichnet, doch soll es sich, wie wir hören, zum guten Teil um Vorstandsmitglieder oder Angestellte des „Bundes der technischen Angestellten und Beamten“ handeln. Das wäre insofern verwunderlich, als die freien Angestelltengewerkschaften doch bisher auf dem Boden des Sozialismus gestanden und wohl auch nicht die Absicht einer Aenderung haben. Der „Bund der technischen Angestellten und Beamten“ (Buteb) ist bekanntlich dem A.F.B.-Bund angeschlossen. Daß er als Organisation dem Borgehen einiger seiner Angestellten zustimme, ist nach allem, was wir wissen, nicht anzunehmen.

### Die Fliegenden.

Nicht die Münchener „Fliegenden“ sind gemeint, deren ehrwürdigem Bild weder Krieg noch Revolution etwas anhaben konnte, nicht die fliegenden Menschen in Varietés und Aeroplanen, sondern die fliegenden Händler des ambulanten oder Wandergewerbes, die vor dem Krieg vielfach so vogelfrei waren, daß man sie mit Recht die fliegenden Händler hätte nennen können, weil sie sich auf ständiger Flucht vor der Polizei befanden. Dieses unwürdige Verhältnis hat sich nach der Revolution doch wesentlich geändert und gebessert. Die Angehörigen des ambulanten oder Wandergewerbes, welches sich im Markt-, Straßen- und Hausierhandel, sowie Schauffüllerberuf gliedert — übrigens das älteste Gewerbe überhaupt —, haben die Notwendigkeit der Organisation längst erkannt und sich in dem Reichsverband ambulanten Gewerbetreibender, der kürzlich seinen ersten ordentlichen Verbandstag abhielt, eine achtunggebietende Berufsveterinäre geschaffen. Der Sitz der Organisation ist Berlin, Kaiser-Wilhelm-Str. 34. Eine eigene Zeitschrift, „Das deutsche Wandergewerbe“, unter der Redaktion unseres Genossen Karl Brandel, gibt breites Zeugnis von dem großen Berufsstolz, von dem die Angehörigen des Verbandes dem sehr viele unserer Parteimitglieder zugehören, besetzt sind. Trozdem das ambulante Gewerbe, vom volkswirtschaftlichen Standpunkt betrachtet, eine wichtige Aufgabe erfüllt, wird von den Gegnern immer und immer wieder versucht, es zu beseitigen, obwohl die

### Achtung, Genossinnen!

## Große Funktionärinnenkonferenz

Freitag, den 22. Februar, abends 6 Uhr, in den Urminhallen, Kommandantenstr. 58/59 (oberer Saal).

### Tagesordnung:

1. „Beitragstag“ (Sonntag, den 2. März) und „Reichsfrauentag“ (Sonntag, den 30. März) in Berlin, Landtagsgebäude. — Referent: Genossin Wurm.
2. Wahl der Delegierten zum Reichsfrauentag.
3. Ausgestaltung des Reichsfrauentages.
4. Verschiedenes.

Erhalten aller Funktionärinnen Pflicht! — Mitgliedsbuch und Funktionärkarte oder Mitgliedbuch und Einladung legitimieren.

Herren der Handelskammern nicht mehr an diesen Kleinhändlern achtungslos vorübergehen können, um so weniger, als ohne diese Straßenhändler hundert von Fabrikanten und Großhändlern zu machen könnten. Schon die Zahl der ausgegebenen Wandergewerbescheine, welche für Preußen allein über 166 000, Sachsen circa 50 000 und Bayern, Baden und Württemberg etwa 100 000 betragen, läßt erkennen, daß die steuerliche Belastung nicht unterschätzt werden darf. Hierzu kommt, daß die Steuer für das Wandergewerbe ein Jahr im voraus entrichtet werden muß, ebenso die Umsatzsteuer für ein Vierteljahr, so daß also der Staat bei der Eröffnung dieser Steuer stets das im staatlichen Interesse ungelagerte erhalten hat. Welche Bedeutung der Straßenhandel hat, lehrt uns sehr wohl seine Tätigkeit im Vertrieb von Süßwaren, die ohne Straßen- und Markt- und Zellulosehandel auf der Straße nicht verkauft werden könnten. Dasselbe kann vom Frischbrot gesagt werden, und die Bevölkerung würde es mit Freuden begrüßen, wenn die Kommunen sich des Wandergewerbes bedienen würden und auch das wichtigste Nahrungsmittel, die Kartoffel, durch diesen Kanal der Warenverteilung leisteten. Dieser Gedanke auf das ambulante Gewerbe angewandt, läßt sich nach diesen Richtungen ausdehnen. Es sei nur noch des Fischstraßenhändlers oder Hausierers gedacht, welcher seine Fische in Swinemünde z. B. vom heimkehrenden Fischer im Empfang nimmt und sie sofort auf dem Markte verkauft oder mit seinen Kiepen sofort per Bahn 50, 100 oder noch mehr Kilometer landeinwärts fährt, um der Bevölkerung die wirklich ganz feische Ware zuzuführen, was vom Standpunkt der Volkswirtschaft betrachtet von hoher Bedeutung ist. Auch preisregulierend wirkt das Wandergewerbe. Der Buch- und Zellulosehandel auf der Straße wird von seinen Feinden mit den schäblichsten Mitteln bekämpft, obwohl er im auffällenden Sinne die Bevölkerung bearbeitet. Ohne Zweifel wirken auch die Schaustellungen auffallend, die der Bevölkerung wissenschaftliche Darbietungen vorführen. Es würde zu weit führen, all die Zweige des ambulanten Gewerbes anzuführen. Aber das eine mag gesagt werden, daß die fliegenden Händler absolut keine Veranlassung haben sich hinter dem stehenden Gewerbe einzureihen zu lassen. Sie sind wie diese ein Volksgewerbe, denn sie erfüllen eine bedeutungsvolle volkswirtschaftliche Aufgabe.

### Selbstmord eines Frauenmörders.

#### Eine Tragödie der Arbeitslosigkeit und der Wohnungsnot.

Der Mord an der Witwe Kühne in der Bernauerstrasse, über den wir in der Vorjannnummer berichteten, hat eine sehr schnelle Aufklärung und auch sehr schnelle Sühne gefunden, so daß er für die Justiz reiflos erledigt ist. Der Täter hatte, wie mitgeteilt, nach der Tat versucht, sich selbst zu entleeren und ist inzwischen seinen schweren Verletzungen erlegen. Die graufige Tat stellt sich als die letzte Auswirkung einer Verzweiflung dar, in die ein Mensch durch Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot geraten war. Folgende Einzelheiten sind bisher ermittelt worden:

Der Täter, Walter Böhme, stammt aus einer angesehenen Familie und widmete sich nach dem Abiturklausuren dem Bankfach. Den Krieg machte er als Reserveoffizier mit. Verheiratet war er seit anderthalb Jahren. Der Wohnungsmangel zwang das Paar, bei der Mutter der Frau, der 65 Jahre alten Witwe Kühne zu bleiben. Die alte Frau war nicht leicht zu behandeln. Infolgedessen trieb sich das Verhältnis zwischen ihr und ihrem Schwiegersohn und weiter zwischen Mann und Frau, das sonst sehr gut war. Böhme liebte seine Frau innig und seine Liebe wurde auch erwidert. Die junge Frau war jedoch etwas willensschwach. Von ihrer Mutter beeinflusst, schwankte sie hin und her. Um das Paar auseinander zu bringen, veranlaßte Frau Kühne ihre Tochter, Ende September vorigen Jahres zu Verwandten nach Chicago zu fahren. Die junge Frau sträubte sich zunächst gar nicht, aber endlich schwach wie sie war, dem Drängen der Mutter nach. Böhme, der selbst am liebsten mit der Schwiegermutter hauste, hatte es nun noch schwerer. Die Beziehungen waren aber immer noch erträglich, solange er als Angestellter einer hiesigen Großbank gut verdiente und seiner Schwiegermutter noch Wohlwollen entgegenbrachte. Seitdem warf ihm die Schwiegermutter stets vor, daß er nichts verdiene. In der letzten Zeit kochte sie sogar er solle machen, daß er wegfomme, wenn er kein Geld verdienen könne. Das trübte den Mann, weil er unerschrocken in seine Lage genommen war. Auch er wurde noch und noch immer heftiger, zumal, da er nach der Trennung von seiner Frau auch zu trinken besonnen hatte. Es kam fast jeden Tag zu Aufritten. Vor einigen Tagen ließ Böhme mehreren Personen gegenüber die Bemerkung fallen, er werde sich erschließen, aber noch jemanden aus der Familie in den Tod mitschleppen. Damit meinte er die Schwiegermutter. Nach dem Befund der Rechtskommission muß er die Drohung schon am Sonnabend wahr gemacht haben, vermutlich in der Trunkenheit. Wahrscheinlich ist er nach der

Tat planlos umhergeirrt, bis er sich gestern nachmittags auf dem Grundstück des Krankenhauses Noobit erschoss. Seine Verletzungen waren so schwer, daß die ärztliche Kunst ihn nicht mehr retten konnte.

### Auslandreisen und Finanzamt.

#### „Freiwillige“ Spenden für die Volksspeisungen.

Als im Januar dieses Jahres die ersten Meldungen über den verstärkten Auslandsreiseverkehr von Deutschland und die Mitteilungen über das angeblich würdevolle Auftreten Deutscher in den großen internationalen Kurorten nach Berlin gelangten, sind von der Reichsregierung bekanntlich Maßnahmen erwogen worden, um den Auswüchsen dieses Auslandsverkehrs zu steuern. Von dem ursprünglichen Plan, ein vollkommenes Ausreiseverbot zu erlassen, ist man aus naheliegenden Gründen bald wieder abgekommen, da das Ausland zweifellos mit Gegenmaßnahmen geantwortet hätte. Dagegen scheint man sich den Vorschlag der Gastwirtsorganisation zu eigen gemacht zu haben, der dahin ging, von jedem Vergnügungsreisenden nach dem Ausland eine Spende für die Volksspeisungen zu verlangen. Die übereinstimmend gemeldet wird, ist es in der letzten Zeit Reisenden, die bei ihrem zuständigen Finanzamt die Erteilung eines Unbedenklichkeitsvermerks für eine Auslandsreise beantragten, passiert, daß ihnen von einem leitenden Beamten dieser Behörde in mehr oder minder dringlicher Form nahegelegt wurde, einen von dem Beamten selbst bestimmten Betrag für die Volksspeisungen zu fordern. Es sind dabei Summen genannt worden, die zwischen 500 und 5000 Goldmark schwanken und in den meisten Fällen anstandslos bezahlt werden, da die betreffenden Personen es für das Klügere hielten, die Forderung des Finanzamtes zu erfüllen und sich damit einer etwaigen Nachprüfung der Steuererklärungen zu entziehen. Richtiger wäre es wohl, eine bestimmte Gebühr für die Erteilung des Unbedenklichkeitsvermerks festzusetzen, die dann ja unter Berücksichtigung der Steuererklärungen gesteuert werden könnte, damit die wirklich zahlungsfähigen Kreise entsprechend höher herangezogen werden können, weniger bemittelte Schichten.

### Höhere Straßenbahntarife aus — Kleingeldmangel.

Infolge der Knappheit an kleinwertigen Geldscheinen, die den Schaffnern des Wechselgeschäfts teilweise unmöglich macht, ist die Straßenbahn-Betriebs-G. m. b. H. genötigt, von Mittwoch den 20. d. M., ab den Fahrpreis des Kinderfahr Scheins, der jetzt 75 Millionen Mark beträgt, auf 80 Millionen Mark abzurunden. Ebenso beträgt dann die Gebühr für Ausbändigung von Fundstücken auf dem Bahnhof 80 Millionen Mark. Im Anschlußbetrieb mit der Bahn Spandau-Hennigsdorf (Linie 120) betragen vom gleichen Tage ab die Fahrpreise für einen Einzelfahrchein: Spandau-Best-Kraftwerk 180 Millionen Mark, Spandau-Best-Niedermendow und Johannesstift-Hennigsdorf 230 Millionen Mark statt bisher 175 bzw. 225 Millionen Mark.

**Biesenwerber.** Die Zustellung des „Vorwärts“ in das Haus hat Frau Joor, Berkfelder Straße 6, übernommen.

**Abendprachkultur für Erwachsene in Englisch und Französisch.** Kursveranstaltungen für Anfänger und Fortgeschrittene am Dienstag, 19. d. M., 8-9 Uhr, in der Gemeindefabrik Winterfeldstraße, Zimmer 50.

**Volkshochschulsammlerpreis.** Am 21. Februar d. M., abends 8 Uhr hält Herr Dr. Otto Grautoff im Bezirksamtgebäude Nordstraße 11 einen Vortragsabend über „Die Kunst des deutschen Vortrags“. Einlass frei bis 10 Uhr. Im Volkshochschulsammlerpreis Nordstraße 11, in der Vorwärts-Buchhandlung und an der Abendkasse.

### Das Eisenbahnunglück bei Ludwigstadt.

#### Drei Beamte getötet.

Ueber das große Eisenbahnunglück bei Ludwigstadt, wo, wie gemeldet, ein Eilgüterzug teilweise über eine Brücke stürzte, wird weiter gemeldet, daß der Lokomotivführer und zwei andere Angehörige des Fahrpersonals tot sind, während ein Heizer verletzt ist und sich im Krankenhaus Ludwigstadt befindet. Die Aufräumarbeiten begeben sich bei der Höhe des Waduktes und bei der Vereisung der Strecke großen Schwierigkeiten. Wie jetzt feststeht, ereignete sich das Unglück dadurch, daß bei dem stärksten Gefälle der Strecke, die sich vom Rennstrecke hinunterwindet, die Bremsen versagten. Die Züge fahren hier gewöhnlich mit abgepumptem Dampf und müssen sich, um die Geschwindigkeit zu mäßigen, auf ihre Bremsen verlassen. Da diese hier versagten, sprang die Lokomotive in einer Karree aus den Schienen, unglücklicherweise gerade als der Zug den Wadukts polierte, und stürzte mit einem Wagon auf das im Lokquartal gelegene Städtchen Ludwigstadt herab.

Das bayerische Städtchen Ludwigstadt wird jährlich von vielen Tausenden Berlinern erblüht, denn es liegt an der großen Hauptbahnstrecke Berlin-München über Halle a. S.—Jena, und zwar ist es die nördlichste Stadt des bayerischen Regierungsbezirks Oberfranken, der hier in Osten, Norden und Westen von meisteinem Gebiet umschlossen wird. Hinter Probstzella passiert der Berliner Zug die bayerische Grenze und das Auge des überfrankens und entzündeten Reisenden erblüht die auf hohem Felsen ruhende restaurierte Burg Leuchtenstein. Rummelre beginnt der Zug langsam und leise, durch Vorspannmaschinen aufwärts gefördert, die Höhe des Rennsteges und damit die Höhe des Thüringer Waldes zu gewinnen. Auf der Mitte dieser Strecke zwischen Probstzella und der Rennstrecke Station Steinbach liegt die Sättel des Unheils: Ludwigstadt. Und wie die Berliner Züge hinter Steinbach über Kronach bis Bamberg unangesehrt beraubt fahren so haben umgekehrt die von München kommenden Züge, sobald sie Steinbach passiert haben, ein außerordentlich starkes Gefälle, das bis ins Saaktal reicht, zu überwinden.

### Groß-Berliner Parteinachrichten.

81. **Wit Friedmann.** Mittwoch, den 20. Februar, 8 Uhr Vorkursus. Große Straße 10. Eintritt frei. Vortrag der Genossin Fehmann.

82. **Wit Friedmann.** Mittwoch, den 20. Februar, 8 Uhr Vorkursus. Große Straße 10. Eintritt frei. Vortrag der Genossin Fehmann.

83. **Wit Friedmann.** Mittwoch, den 20. Februar, 8 Uhr Vorkursus. Große Straße 10. Eintritt frei. Vortrag der Genossin Fehmann.

### Sport.

**Reis- und Jahnturner.** Der Postgradualklub hat den Reichspräsidenten im Sport-Palast als Zuschauer. Das Erbschaftsbad des neuen Baues war dichtgedrängt besetzt, denn das Hochfringen hat eine fählich interessierte Menschenmenge angezogen. Mittig über dem Wasser sah man einen Mann, einem bekannten Schwimmer, die Hand von einem nach Berlin angereisten. Über der Redaktionsfläche drüben hatte eine kleine Felle geholt, war ins Wasser unterwegs gemeldet und in der Nacht zum Sonntag auf Konigsplatz 10 Uhr erst aus dem Uferbahnwagen gekommen. Der Botschaft war ziemlich schlaf und ließ sich durch einen Mann auf. Während der beiden Anwesenheiten nicht gemeldet. Anreger wurde von Hohenau mit einem über die schweren Sprünge gemeldet, und Keil war gut aufgehoben und schmit dementsprechend ab. Sieger blieb von Vanger auf Konigsplatz, der 1.05 Meter sprang, der zweite, der es bis auf 1.00 Meter brachte. Resultate des Abends: 1. Heriog-Witfried-Preis. 8. Rd. 1. Quartaner (Unterwasser). 2. V. 1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12. 13. 14. 15. 16. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100.

# Gewerkschaftsbewegung

## Beamtentagungen.

Die Auseinandersetzungen über die Organisationsform innerhalb der Beamtenschaft nahmen ihren Fortgang. Nachdem der Verbandstag der Justizwachmeister am 13. Februar einstimmig beschlossen hatte, im Allgemeinen Deutschen Beamtenschaft zu verbleiben, hat die große Tagung der Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahnbeamten am 15. Februar ihrem bisherigen Gewerkschaftsverband unter der Führung Renne-Scharfshewer nahezu einstimmig, mit 90 gegen 7 Stimmen, das Verbleiben ausgesprochen. Am 17. Februar hat die Allgemeine Deutsche Postgewerkschaft nach stundenlangem Aussprache einstimmig folgenden Beschluß gefaßt:

„Die am 17. Februar tagende Bezirkskonferenz der Allgemeinen Deutschen Postgewerkschaft sieht als Grundlage zukünftiger erfolgreicher Gewerkschaftsarbeit die organisatorische

### Verknüpfung des Personals der Verkehrsbetriebe

an. Auf dem Wege zu diesem Ziel liegt der Zusammenschluß der im Allgemeinen Deutschen Beamtenschaft vereinigten freigewerkschaftlichen Post- und Eisenbahnbeamten innerhalb der Organisation Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahnbeamten, Deutscher Eisenbahnverband, Deutscher Verkehrsverband und Allgemeine Deutsche Postgewerkschaft zu einer engeren Interessengemeinschaft. Der geschäftsführende Vorstand der Allgemeinen Deutschen Postgewerkschaft wird deshalb beauftragt, in Verhandlungen mit dem Hauptvorstand der Reichsgewerkschaft der Eisenbahnbeamten die Vorarbeiten zur Lösung dieser Aufgabe zu leisten. Der Zusammenschluß der vier Organisationen zu einer engeren Interessengemeinschaft soll die Möglichkeit zur Verbindung für die freigewerkschaftliche Bewegung innerhalb der Post- und Telegraphenbeamten schaffen. Deshalb soll oberster Grundsatz einer organisatorischen Verbindung sein, daß diese auch die Entwicklung der Allgemeinen Deutschen Postgewerkschaft Rechnung trägt. In jedem Falle wird die organisatorische Verbindung mit der Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahnbeamten als erstrebenswert angesehen.

## Der Kampf in der Musikinstrumenten-Industrie geht weiter

Nach vierwöchigem Kampf fanden am 12. Februar die ersten Verhandlungen zwischen den Parteien statt. Als Hauptstreitobjekt wurde zunächst die Arbeitszeitsfrage behandelt. Die Unterhändler des Holzarbeiterverbandes wichen darauf hin, daß eine Notwendigkeit, die 48-Stunden-Woche für dieses Gewerbe einzuführen, nicht vorliege, doch würden sie, soweit die gesetzliche Arbeitszeit in Frage kommt, hier bedingungslos zustimmen. Soweit jedoch die Anträge der Arbeitgeber bis zu 54 Stunden gehen, müßten diese grundsätzlich abgelehnt werden. Bezüglich etwaiger Überstunden sollten die im Mantelvertragsvertrag festgelegten Bestimmungen gelten.

Auf Grund dieser Vorschläge machten die Arbeitgeber ein Angebot, wonach die mögliche tarifliche Arbeitszeit 48 Stunden betragen soll, jedoch, entsprechend den Bedürfnissen der Betriebe, auf 51 Stunden ausgedehnt werden kann. Ferner soll im Einvernehmen mit dem Betriebsrat die Arbeitszeit auf 54 Stunden mit Überstundenzuschlag ausgedehnt werden. Diesen Vorschlag lehnte eine Versammlung der Streikenden einstimmig ab. Die Verwaltungsstelle des Holzarbeiterverbandes unterbreitete den Arbeitgebern eine erneute Verhandlungsgrundlage, die eine tägliche Arbeitszeit von 8 bzw. 48 Stunden pro Woche vorsieht. Außerdem sollen, wenn eine Mehrereinstellung von Arbeitsträgern oder die Betriebsverhältnisse es erforderlich machen, Überstunden bis zu 51 Stunden pro Woche mit einem Zuschlag von 10 Proz. geleistet werden können.

Auf Grund dieses neuen Vorschlages, wurden die Verhandlungen am 18. Februar fortgesetzt. Nach längeren Auseinandersetzungen haben die Arbeitgeber von der 54stündigen Arbeitszeit ab, hielten jedoch daran fest, daß ohne Mitwirkung dritter Personen und ohne irgendwelche Zuschläge es ihnen freigestellt bleiben müsse, gegebenenfalls bis zu 51 Stunden arbeiten zu lassen. Die Vertreter des Holzarbeiterverbandes konnten jedoch diesem Ansuchen nicht stattgeben, da in dem Verlangen der Arbeitgeber der Achtstundentag beseitigt wäre. Damit sind die Verhandlungen erneut gescheitert. Der Kampf wird mit unerminderter Schärfe weitergeführt.

Wenn es richtig wäre, daß die Arbeitskraft zum Aufbau der zerstörten Wirtschaft beitragen soll, dann hätte diese Unternehmergruppe Befehlensbefugnis, in die gebotene Friedenshand einzuschlagen. Die Arbeiterchaft wollte das Opfer bringen, die bisher geltende 48-Stunden-Woche auf 46 Stunden auszudehnen und auch bezüglich der Überstunden Konzessionen machen. Aber das genügt den Herrschenden nicht; sie wollen unbeschränkt diktiert und aus den Knochen der schaffenden Kräfte ihren durch den Kampf verlorengegangenen Profit doppelt herauswinden. Das kann und darf es nicht geben. Der Holzarbeiterverband wird seiner Würde und der Verteidigung ausweichen, aber auch keine herabwürdigenden Bedingungen annehmen.

## Der Gegenstoß der Formier.

Am Montag tagte die Branchenversammlung der Metallformer und Verfertiger. Branchenleiter Predam sprach zu der zur Diskussion gestellten Frage: „Sollen wir unter Umständen kündigen?“ Betriebsverretungen verschiedener großer Firmen seien an ihn herangetreten mit dem Antrag auf Erhöhung des Lohnes. Nun könne man einen Tarifvertrag nicht so ohne weiteres über den Haufen werfen. Aber in den Betrieben ist die Konjunktur keine schlechte. Diese Zeit muß ausgenutzt werden. In der Aussprache kam der dringende Wunsch einer Lohnaufbesse-

rung zum Ausdruck. Während der Stundenlohn im Jahre 1913 durchschnittlich 75 Pf. betrug, hat er zurzeit eine Höhe von circa 55 Pf.

Am Hand der Preisliste wurde festgestellt, daß die Metallformer aller in Frage kommenden Betriebe anwesend waren und so konnte dann zur Abstimmung geschritten werden. Einstimmig wurde dann beschlossen, daß das Lohnabkommen zu kündigen ist und sofort Verhandlungen anberaumt werden.

## Betriebsräte im Aufsichtsrat!

Alle Aufsichtsratsmitglieder, die sich bisher bei der Freigewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale, Engelauer 24/25, 2. Hof I., noch nicht gemeldet haben, werden ersucht, ihre Adressen mit gleichzeitiger Angabe der Firma, bei der sie beschäftigt sind, der Betriebsrätezentrale mitzuteilen.

Gleichzeitig machen wir bekannt, daß für die Aufsichtsratsmitglieder am Montag, den 26. Februar, abends 8 Uhr, im Zimmer 16 des Leibniz-Gymnasiums, Markannenplatz 24, ein fortlaufender Kursus über Aufsichtsratsfragen stattfindet. Wir erlauben uns möglichst zahlreiche Parteimitglieder. Der Hörebeitrag für den ganzen Kursus beträgt für Vollarbeiter 2 M., für Kurzarbeiter 1 M.

Freigewerkschaftliche Betriebsrätezentrale für den Wirtschaftsbezirk Groß-Berlin.

## Lohnkämpfe im Bergbau.

Bochum, 18. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Vor einigen Tagen fanden Verhandlungen über die Löhne im Ruhrbergbau statt. Die Forderungen der Zechenbesitzer sind derart, daß jede Diskussion über sie zwecklos ist. Die Verhandlungen sind deshalb auch gescheitert. Die Unternehmer fordern Wegfall des Hausstandslohnes, Wegfall des Mindestlohnes und des Grundlohnes, Einführung eines Lohnabzuges für die Zechenbauer von 10 Proz., Erhöhung des Abzuges für Schieber im Gebirge auf 20 Proz., Einführung der Lohnspanne bis zu 1,50 M. zwischen den einzelnen Gruppelöhnen, Vergrößerung der Lohnspanne zwischen gelerntem und ungelernten Arbeitern, Erhöhung der Altersgrenze für den Bezug des Volllohnes auf 24 Jahre, Vergrößerung der Löhne im Asbestgewinn. Das Vorgehen der Zechenbesitzer ist der Katastrophopolitik der letzten Vergangenheit durchaus würdig. Wenn nicht in letzter Stunde, wozu aber wenig Aussicht vorhanden ist, die Einsicht bei den Unternehmern fließt, werden wir recht bald einen neuen Kampf im Ruhrgebiet erleben, dessen Rußf aber den Unternehmern wenig gefallen dürfte.

Eine Sitzung des Internationalen Bergarbeiter-Komitees wird sich in den nächsten Tagen in London oder Brüssel mit der Frage im internationalen Bergbau befassen. Im Mittelpunkt der Besprechung wird die besonders schwere Lage des deutschen Bergbaues stehen. Die Arbeitslosigkeit im Ruhrbergbau ist noch immer eine ungeheuer große. Der Streik im Kölnener Braunkohlenrevier geht unermindert fort, ebenso die Streiks und Auspurrungen im schottischen und hessischen Kohlenbergbau. Dazu kommen jetzt noch Schwierigkeiten im Erzbau treten zu müssen. Wie bestimmt verlautet, wird sich am Montag und Dienstag eine Aufsichtsratsung der Mannfeld-K. & G. mit der Frage des mitteldeutschen Erzbauwesens befassen und dabei die Stilllegung ihrer Werke in Erwägung ziehen. Im Rheinbergbau würden durch eine Aktion der Unternehmer etwa 20000 bis 30000 Arbeiter gezogen werden.

## Der Doharbeiterstreik in England.

Das Kabinett erörterte gestern die durch den Doharbeiterstreik geschaffene Lage in einseitigstündiger Sitzung. Es wurden Pläne zur Aufrechterhaltung des Transportdienstes und Kapitalmaßnahmen zur Sicherung der Lebensmittelversorgung erwogen. Da für eine Erhöhung der Preise für Fleisch und andere Waren, wie sie sich in verschiedenen Teilen des Landes zeigt, keine Veranlassung besteht, hat das Kabinett die zuständigen Beamten beauftragt, Bestimmungen auszuarbeiten, durch die eine Ausbeutung der Verbraucher infolge des Streiks verhindert werde.

Der Kongreß der „Trade Union“ wird heute eine Besprechung über die Streikfrage abhalten. Die zum Verband der Transportarbeiter gehörenden Wagenführer und Laufherren sollen Aufforderung erhalten haben, die Arbeit einzustellen. Die Mechaniker und Elektrizitätsarbeiter nehmen bereits an der Streikbewegung teil. Die Transportarbeiter in Gloucester haben gestern eine Versammlung abgehalten, in deren Verlauf beschlossen wurde, ein Schreiben an Ramsay MacDonald zu richten, in der der Regierung empfohlen wird, für eine Fortführung der Arbeit in den Docks Sorge zu tragen und den Streikenden die verlangte Erhöhung zu zahlen.

Das Ortskartell Berlin des U.F.V.-Bundes verlegt ab 23. Februar dieses Jahres seine gesamten Geschäftsräume von Berlin, Belle-Alliancestr. 7/10 III nach Berlin SO. 16, Engelauer 24/25, Gewerkschaftshaus, Aufgang A, 4. Stock (Telefonnummer: Moritzplatz 11 500). Während des am 22. und 23. Februar erfolgenden Umzugs bleiben die Geschäftsräume des Ortskartells geschlossen.

Der „Brennverband nationaler Buchdrucker“, der u. a. Nationalen Zentral-Unterstützungskasse für die Mitglieder des Bundes deutscher Werkvereine Groß-Berlins benutzt, kündigte unter dem 14. Februar eine Verächtigung zu unserer Kennzeichnung als „Vereinigung zwischen Kaninchen und Karpen“ in Nr. 35 des Vormärts vom 22. Januar. Die Verächtigung lautet:

„Fr. Barg ist nicht Hauptkassierer oder Angestellter unserer Organisation.“  
Wir legen bezeichnend hinzu, daß diese gelbe Organisation auch keinen Arbeitsnachweis mehr hat.

# Wirtschaft

## Goldkapitalbedarf und Industrie.

In dem Material für ein Studium von Deutschlands Wirtschaft, Währung und Finanzen, das den Sachverständigen vorgelegt worden ist, befindet sich auch eine Zusammenstellung über den Kapitalbedarf der deutschen Aktiengesellschaften und Gesellschaften m. b. H. vor und nach dem Kriege. Sie ist außerordentlich wichtig, zeigt sie doch, in welcher geringem Maße in den jüngst vergangenen Jahren der deutschen Industrie Kapital zugeflossen ist, d. h. wirkliches Goldkapital, während zu gleicher Zeit durch hohe Bezugsrechte das Vielfache jener Summen an die Aktionäre ausgeschüttet worden ist. Die Ziffern zeigen so, um wieviel der deutschen Wirtschaft an Zufließ produziertem Kapital, an wirklichen Reserven, durch die Effekten Spekulation entzogen worden ist. Man kann wohl sagen, daß die Kreditnot der deutschen Industrie heute kaum vorhanden wäre, wenn nicht hinter dem Scheiter der Papiermarkemissionen Goldkapital an die Aktionäre verteilt und nur winzige Teile davon den arbeitenden Betrieben zugeflossen seien.

Die Ermittlung des Kapitalbedarfes ist nicht einfach. Die Denkschrift schreibt selbst, daß ein Teil der Emissionen, insbesondere in den ersten Nachkriegsjahren, nicht aus tatsächlichem Kapitalmangel erfolgte, sondern zur Durchführung von Fusionen, Umwandlungen usw. Gegenüber vor dem Kriege ergibt sich für den Kapitalbedarf das folgende Bild:

Im Jahre 1913 wurden monatlich durchschnittlich 103 Millionen Goldmark an Kapitalbedarf der deutschen Aktiengesellschaften und Gesellschaften m. b. H. gedeckt. Im Jahre 1921 war der Monatsdurchschnitt auf 124 Goldmillionen gestiegen. 1922 sank er — im November — bis auf 8 Millionen Goldmark. 1923 betrug er im Oktober ganze 30 000 Goldmark (in Papiermark 211 Billionen Mark).

Die Ziffern zeigen eine der Stellen, an denen Kapital aus dem Produktionsprozeß verschwunden ist.

## Aus der Partei.

### Bezirksstag für Halle-Merseburg.

Auf dem am Sonntag abgehaltenen Halleischen Bezirksparteitag sprach die Genossin Sender über die politische Lage und die Taktik der Partei. Ziel der Partei dürfe nicht sein, unausgesetzt in der Regierung des jetzigen Staates zu sitzen, die Parole müsse lauten: Zurück auf den Boden des Klassenkampfes! Genosse Professor Waentig hielt das Korreferat. Man dürfe keine sentimentalischen Stimmung hervorrufen. Auch die Mehrheit stehe auf dem Boden des Klassenkampfes. Die Bourgeoisie sei so wenig wie das Proletariat eine geschlossene Körperschaft. Genossin Sender vergesse den heute außerordentlich wichtigen außenpolitischen Gesichtspunkt. Mit 32 gegen 21 Stimmen wurde folgender Antrag angenommen: „Der Bezirksparteitag Halle-Merseburg lehnt die von der Reichstagsfraktion bisher betriebene Politik ab. Er erblickt insbesondere in der Zustimmung zu den Ermächtigungsgesetzen unter Ausschaltung der Demokratie die schwerste Gefährdung der Parteinteressen. Er fordert für die Zukunft eine zielklare Politik der Sammlung aller proletarischen Kräfte auf dem Boden des Klassenkampfes.“

Vor der Abstimmung erklärte Genosse Ludwig, daß die Delegiertenverteilung auf die Unterbezirke infolge der unklaren Abrechnungsverhältnisse während der Inflationszeit derzeitig ungleichmäßig sei, daß ein Hervortreten der nur an wenigen Orten übermächtigen Opposition die Abstimmungen unvermeidlich sei. Als Reichstagskandidaten wurden die Genossen Ruhner, Krüger, Wadwig, Peters, Kaute, Bauer, Raack und Dietrich aufgestellt.

### Erledigung des Presse-Konflikts in Halle.

Am 10. Dezember v. J. hatte der Bezirksvorstand Halle mit geringer Mehrheit beschlossen, den Redakteur Genossen Schulz von seinem Posten als politischer Redakteur des „Volksblattes“ zu entheben, weil er die Politik der Mehrheit der Reichstagsfraktion vertreten hätte. Der Bezirksvorstand hat bekanntlich daraufhin eingegriffen und einige seiner Mitglieder nach Halle zu Besprechungen mit der Bezirksleitung gelandt. Vorher hatte der Parteivorstand aber gefordert, daß Schulz wieder in sein Amt eingesetzt würde. Es kam eine Verständigung zwischen Bezirksleitung und dem Parteivorstand zustande, wonach Schulz vorläufig im Amt bleibt und die Angelegenheit den Unterbezirken des Verbreitungsgebietes des „Volksblattes“ überwiefen und die endgültige Entscheidung einem einzuuberufenden Bezirksparteitag übertragen wurde. Nachdem die Übergröße Mehrheit der Parteibeiräte sich gegen den Parteivorstand und für die Politik der Fraktionsmehrheit ausgesprochen haben, beschloß der Bezirksparteitag am vergangenen Sonntag nach einem Bericht des Vorsitzenden der Pressekommision einstimmig und ohne Debatte, die Redaktion des „Volksblattes“ dem Genossen Schulz weiter zu übertragen.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: J. W.; Ernst Reuter; Gewerkschaftsbewegung: J. Glaser; Revolution: A. A. Schärer; Politik und Sonstiges: Felix Karstadt; Sanktionen: Th. Glöck; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Verlagsdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 3.

**Besonders billige Angebote**

**TEPPICHE**

Deutsche Perser  
Pilsch  
Tournay Velours  
Läuterstoffe  
Brücken 1.-1.  
Vorhang 3.-7.4  
Badevorlagen  
Tuchdecken  
Wandbehänge

**Gardinen und Teppichhaus Lange**  
Wilmerdorf-Unterstr. 105  
Hildesheim 1916 - an der Berliner Str.

**Neu eröffnet!**

**Möbel-Speicher**

135 große Frankfurter Strasse 135

Ruhebetten 18, eich. Herrenzimmer 350  
mod. Küchen 70, eich. Schlafzimmer 400  
Einzelmöbel jeder Art. Engros-Preise.

Teilzahlung gestattet!

**Möbel Müller**

Berlin C., Alexanderstr. 31 Tel. 101.1231

Speisezimmer, Herrenzimmer  
Wohn- und Schlafzimmern, sowie  
Stanzmöbel ab Fabrik zu billigen Preisen.

Besonders billig!

*Verstehen Frauen  
den Frauenwelt!*

*Eine halbmonatsschrift  
mit farbigem Umschlag,  
vielen Bildern im Text.  
Unterhaltung u. Kurzweil  
und schon Kloden  
dem Frauen zur Freude!*

Für 30 Pfennig das Heft  
besorgt es  
jede Ausgabestelle und jede  
Botenfrau des „Vorwärts“

**Wäschepracht**  
Die gute reine Kernseife  
66% Fettgehalt.

Nur aus besten Rohstoffen! Stets in gleicher  
Güte! Ohne schädliche Bestandteile!

**Stark & Co., Seifenfabrik G. m. b. H.**  
Berlin NO 55, Colmerer Straße 8-9.

**Gardinen**

Sonderangebote  
Gelegentlich - Käufe  
in Resten  
Stoffe, Stoffdecken  
Kissen, Vorhänge  
Sonderpreise  
Neukölln, Bergstr. 67  
am Ringhain.

**Strickwesten**

Bleibes Kinderkleidung  
schöner großer Fabrikator in Strick-  
und Wirkwaren aller Art zum  
Einsparungskauf

**Bruno Richter & Co.** Fabrik-Niederlage  
thüring. Wolfenbüttel  
Bin.-Pankow, jetzt Mühlenstr. 1  
(Ecke Breite Straße)

**Leder - billig!**

Rein rindenecht

Vach- u. Sohl.-Coupons  
Rote Oberleder; Led.

**Berthold Kuttner**  
Reichenbergerstr. 14. (1. Erdfl.)